

Geplante Wirtschaftsdynamik in China und Indien¹

Von

Hans Bayer - Dortmund

Inhaltsverzeichnis: I. Geplante Wirtschaftsdynamik in China: 1. Planaufstellung a) Der naturalwirtschaftliche Plan S. 37 — b) Der geldwirtschaftliche Plan S. 40 — c) Koordination S. 42 — d) Erster und zweiter Fünfjahresplan S. 44 — 2. Plandurchführung S. 46 — 3. Das russische Vorbild S. 48 — II. Wirtschaftsplanung in Indien: 1. Planaufstellung a) Der naturalwirtschaftliche Plan S. 54 — b) Der geldwirtschaftliche Plan S. 56 — 2. Plandurchführung und Koordination S. 58 — 3. Indische Wirtschaftsplanung und moderner Sozialismus S. 62 — III. Wirtschaftsplanung in China und Indien S. 63.

Man spricht in Vorträgen und auch in der Literatur häufig von einem „Bandung spirit“, einer Bewegung im Sinne einer Integration Asiens und einer engeren Verbindung dieses Kontinentes mit Afrika. Das Problem vorliegender Arbeit ist, zu untersuchen, wie sich diese allgemeine Dynamik der asiatischen Welt auf dem Gebiete der Wirtschaft zeigt. In welcher Weise versucht man konkret diese Dynamik zu gestalten? Als Beispiele für diese Untersuchung werden die beiden volkreichsten Staaten Asiens, China und Indien, herangezogen. Ein Vergleich ist insofern möglich, als beide Staaten ungefähr gleiche Startbedingungen haben. Sie sind wohl die zwei größten Nationen der Welt, gehören aber zu den ärmsten. Beide versuchen, den wirtschaftlichen Fortschritt im Wege einer Planung zu erreichen, wobei beide ungefähr gleichzeitig mit ihren Maßnahmen einsetzen. Beide Völker weisen eine außerordentlich hohe, alte Kultur auf. Für beide Staaten ist nationale Begeisterung charakteristisch.

Ein spezifisches Spannungsverhältnis ist in China und Indien für die Wirtschaftsdynamik ausschlaggebend. Spannungsverhältnis in dem hier gebrauchten Sinne beinhaltet Gegensätze, die eine gewisse Dynamik auslösen und auf höherer Ebene überbrückt werden können. Die Spannung besteht zwischen der hohen Kultur einerseits und dem

¹ Dem Verfasser dieses Aufsatzes war es möglich, im Zuge einer Studienreise (September/Oktober 1956) umfassendes offizielles Material über die Wirtschaftsplanung und Wirtschaftsentwicklung in China und Indien zu sammeln. Aussprachen mit führenden Männern der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspraxis ergänzten die schriftlichen Unterlagen. Die Ergebnisse dieser Studien sind in dieser Abhandlung verwertet.

niedrigen Stand der Technik andererseits. Dadurch, daß sich beide Völker dieses Gegensatzes in steigendem Maße bewußt werden, ergibt sich eine unerhörte Dynamik, in kürzester Zeit das Zurückbleiben der Technik aufzuholen und den Stand, wie er für den sogenannten Westen charakteristisch ist, zu erreichen. Die Regierungen beider Staaten sind bestrebt, diese Dynamik zu gestalten, und zwar mit Hilfe von Planung, die allerdings in beiden Staaten wesentlich verschieden ist. Die unmittelbare Zielsetzung ist in beiden Fällen die gleiche; es soll eine Maximierung der Produktion erreicht werden. Aus der Planung und einheitlichen Organisation der gesellschaftlichen Wirtschaft ergibt sich soziale und naturale Sicherheit. Soziale Sicherheit in dem Sinn, daß der Bauer nicht mehr von Hunger bedroht ist, die Arbeitslosigkeit zurückgeht und Beschäftigung gesichert ist. Naturale Sicherheit dadurch, daß die Naturgewalten, die früher weite Strecken fruchtbarsten Landes vernichteten und Millionen Menschen den Tod brachten, nunmehr erfolgreich bekämpft werden können. Noch im Jahre 1932 hatte die Überschwemmung des Yangtse 30 Millionen Menschenleben gefordert. Im Jahre 1954 stieg der Fluß beträchtlich höher, der organisierte Wille der Bevölkerungsmassen konnte aber mit primitiven technischen Mitteln die Gefahr bannen.

Unterschiede ergeben sich zwischen den Plänen Chinas und Indiens hinsichtlich des Fernzieles. Der indische Plan betont ausdrücklich die Bedeutung der absoluten Werte für die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. So wird z. B. festgestellt, daß ein steigender Lebensstandard und materielle Wohlfahrt nicht Selbstzweck sind (*not an end in itself*). Es handle sich hierbei bloß um ein Mittel zu besserer und vollerer Lebensentfaltung².

Die chinesischen Pläne, soweit Veröffentlichungen in englischer Sprache vorliegen, machen keinen Unterschied zwischen Nah- und Fernziel der Wirtschaftsplanung. Offensichtlich dominiert hier der Gedanke, daß unter allen Umständen materielle Wohlfahrt und Wirtschaftsmacht gesichert werden müssen. Die Verschiedenheit der letzten Zielsetzungen der Planung in China und Indien kommt auch in der Aufstellung und Durchführung des Planes zum Ausdruck. So ergeben sich gewisse Gegensätze zwischen den beiden Plänen, die aber bereits deutlich Tendenzen zu einer Überbrückung zeigen, indem der chinesische Plan gewisse Auflockerungen erkennen läßt, während die indische Planung eindeutig eine straffere Organisation, insbesondere eine Erweiterung des Sektors der öffentlichen Wirtschaft anstrebt. Im Sinne der Grundeinstellung der Planung in China zeigt sich eine stärkere Anlehnung an das russische Vorbild, während die indische

² The second five Year Plan, Planning Commission, 1956, S. 10.

Planung gewisse Parallelen mit Konkurrenzsozialismus und freihetlichem Sozialismus erkennen läßt.

I. Geplante Wirtschaftsdynamik in China

1. Planaufstellung

Bei der Planaufstellung ist zwischen naturalwirtschaftlichem und geldwirtschaftlichem Plan zu unterscheiden.

a) *Der naturalwirtschaftliche Plan*

Der naturalwirtschaftliche Plan versucht, die Ordnung der Produktionskräfte auf den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft im Hinblick auf die Erweiterung der Produktion und auf den gegenwärtigen Bedarf zu sichern. Auf lange Sicht werden allgemeine Richtlinien entworfen. In diesem Sinne kann man von *Fünfehnjahresplänen* sprechen. Diesen kommt jedoch nicht Verbindlichkeit zu, sie zeigen nur die Linie, in der sich jeweils die *Fünfhjahrespläne* zu halten haben. Das Soll des Fünfjahresplanes ist für die einzelnen Stellen und Betriebe verbindlich. Hier ist zwischen direkter Planung und indirekter Planung zu unterscheiden. Direkte Planung bezieht sich grundsätzlich nur auf den verstaatlichten Sektor. Den Plänen für die Landwirtschaft kommt nicht jene strenge Verbindlichkeit wie den Industrieplänen zu. Die indirekte Planung betrifft den staatlich-privaten Sektor. Eine Reihe von Industrieunternehmungen stellen in eigenartiger Form eine Verbindung von Privateigentum und staatlicher Führung dar. Wir haben später noch näher darauf einzugehen. Diese Unternehmungen empfangen ihre Pläne nicht unmittelbar von der statlichen Planungskommission, sondern von den zuständigen Verwaltungsstellen, die ihre Weisungen von den Ministerien erhalten. Eine wesentliche Rolle spielt bei Planaufstellung für den staatlich privaten Sektor der Großhandel, der vollkommen verstaatlicht ist.

Mit den Fünfjahresplänen sind *Einjahrespläne* verbunden, welche eine gewisse Beweglichkeit der Fünfjahrespläne gewährleisten sollen. Es wird das Plansoll jeweils den Wandlungen in der Wirtschaft angepaßt.

Eine besondere Rolle in der naturalen Planaufstellung spielt die *Schwerpunktbildung*. Im Vordergrund steht die Investition in der Schwerindustrie, an zweiter Stelle steht Leichtindustrie, an dritter Landwirtschaft. Im ersten Fünfjahresplan Chinas (1952 bis 1957) waren rund 60 vH. der Gesamtinvestitionen für die Industrie und nur 8 vH. unmittelbar für die Landwirtschaft vorgesehen. Dem Transportwesen kommt gleichfalls im naturalwirtschaftlichen Plan

eine entscheidende Stelle zu. Im ersten Fünfjahresplan wurden rund 20 vH. der Investitionen für das Verkehrswesen eingesetzt.

Die Vorrangstellung der Schwerindustrie bei der Investitionstätigkeit wird damit begründet, daß die Erzeugnisse der Schwerindustrie Grundlagen für die Leichtindustrie, aber auch für den Ausbau der Elektrizitätswirtschaft, der Eisenbahnen und der Landwirtschaft sind. Die Schwerindustrie bleibt auch im neuen Fünfjahresplan an erster Stelle. Nur eine leichte Abschwächung der Investitionstätigkeit in dieser Sparte zeigt sich darin, daß im ersten Fünfjahresplan das Verhältnis Schwerindustrie zu Leichtindustrie 8 : 1, im neuen 7 : 1 ist. In organischem Zusammenhang mit der Schwerindustrie soll die Leichtindustrie ausgebaut werden.

Die Investitionstätigkeit in der Landwirtschaft ist vor allem deswegen verhältnismäßig gering, weil ihre heutige Erzeugung für die Ernährung der Bevölkerung ausreicht und die jährliche Steigerung der Bevölkerungszahl unter 2 vH. liegt (12 Millionen Menschen jährlich), während die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion um 6 bis 7 vH zunimmt.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion geht nicht so sehr auf Investitionen als auf Rationalisierung der Produktion, insbesondere den Ausbau des Genossenschaftswesens zurück. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, wie sie in den westeuropäischen Ländern bestehen, wandeln sich in steigendem Maße in Eigentums-genossenschaften (Kolchosen) um. Eine Zwischenstufe stellt die Genossenschaftshilfe dar, in der nicht nur die Arbeitsleistung, sondern auch das frühere Bodeneigentum berücksichtigt wird; vom Gesamtertrag entfallen 70 vH. auf Arbeitsleistung und 30 vH. auf Vergütung für die Grundbesitzer. Diese Regelung ist in den meisten Fällen bereits durch ein Gemeinschaftseigentum abgelöst, wobei lediglich die Arbeitsleistung des Einzelnen für seine Entlohnung maßgebend ist. Die Vereinheitlichung der Anbaumethoden ermöglicht rationellen Einkauf und rationelle Anwendung von Kunstdünger und Saatgut und weitgehende Schädlingsbekämpfung. Für den dritten und vierten Fünfjahresplan sind freilich große Investitionen für die Landwirtschaft vorgesehen; insbesondere deswegen, um Brachland in Kulturland umzuwandeln.

Die Standortfrage findet bei der Planaufstellung besondere Beachtung. Im alten China waren die wichtigsten Industrien an der Meeresküste angelegt. Bei der Standortverteilung werden zwei Gesichtspunkte berücksichtigt. Man kann zwischen konservativer und Verlagerungsmethode unterscheiden. Die konservative Methode will die bereits an der Meeresküste bestehenden Industrieanlagen erhalten, aber dadurch volkswirtschaftlich produktiver gestalten, daß

verwandte Industrien gleichfalls dort angelegt werden, um eine gegenseitige Ergänzung der Werke zu ermöglichen. Die Verlagerungsmethode versucht, allmählich eine Verlagerung der Standorte nach dem Westen zu erreichen, indem in bisher „unterentwickelten“ Provinzen Industrie errichtet wird. So soll z. B. in Nordwest-China die Stahlindustrie und Industrien, die damit in Zusammenhang stehen, errichtet werden. Diese Methoden der Standortveränderung sollen vor allem im dritten und vierten Fünfjahresplan stärker zur Anwendung kommen.

Die Nachfragebestimmung ist im Rahmen der Industrie durch ihren Neubedarf und ihren Wiederherstellungsbedarf gegeben. Die Feststellung der erforderlichen Konsumgüter ergibt sich aus einer gewissen Ernährungsnorm und dem voraussehbaren Bedarf an Verbrauchsgütern, wobei die für die Verbrauchsgüterindustrie begrenzten Produktionsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Der Konsum in China ist heute vor allem deswegen verhältnismäßig leicht festzustellen, weil es sich im wesentlichen nur um die Befriedigung der Stammbedürfnisse handelt, also jener Bedürfnisse, die lebensnotwendig sind und daher für alle Menschen eine gewisse Einheitlichkeit aufweisen. Zweifellos zeigt sich ein Aufstieg in der Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die Führung einer Haushaltsstatistik ist für die größeren Städte vorgesehen, jedoch in wenigen durchgeführt. Peking hat auf direktem Wege durch die Haushaltsstatistik und auf indirektem Wege durch Erhebung der Gesamtverbrauchsmengen versucht, die Änderung des Lebensstandards zu erfassen. Die folgende Tabelle gibt eine Übersicht.

Zahlen zur Entwicklung der Lebenshaltung in Peking

Waren- gattung	Rechnungs- einheit	1950	1952	1954	1955	1955	1955
						in % ^{a)}	in % ^{a)}
Stoffe	Rolle (33 m)	726 580	1 619 321	2 480 880	2 373 286	219	134
Zucker	Tonnen	2 871	5 519	15 815	15 512	360	252
Öl	Tonnen	6 117	11 359	21 147	20 331	222	161
Fische	Tonnen	—	3 813	7 942	10 199	—	241
Schweine	Stück	268 549	412 780	614 129	644 376	160	140
Rinder	Stück	50 990	29 564	52 228	59 726	78	182
Ziegen	Stück	157 561	175 590	221 961	229 560	97	118
Gemüse	je 5000 kg	—	33 315	50 255	60 306	—	163
Eier	Tonnen	—	—	5 961	8 059	—	—
Weizenmehl	je 5000 kg	36 821	72 793	97 614	100 704	182	126

^{a)} Bei der Berechnung der Prozentziffern ist die Steigerung der Einwohnerzahl von 2 Millionen im Jahre 1950 auf 2,7 Millionen im Jahre 1952 und auf 3 Millionen im Jahre 1955 mit berücksichtigt.

Die L ö h n e , die ja bei der Nachfragebestimmung eine entscheidende Rolle spielen, werden grundsätzlich zentral festgelegt, wobei nach Branchen und Qualifikation der Arbeitskräfte unterschieden wird. Es bestehen aber praktisch auch örtliche Verschiedenheiten, so sind z. B. die Löhne in Schanghai verhältnismäßig hoch. Man hat nun nicht diese Löhne heruntergesetzt, um sie den allgemein bestehenden anzugleichen, sondern versucht vielmehr, das Lohnniveau auf die Höhe des relativ günstigsten zu heben. Auch im Dienste der Verlagerungsmethode hinsichtlich der Standorte werden im Westen in den neu zu industrialisierenden Gebieten höhere Löhne gezahlt. Männer und Frauen sind bei gleicher Leistung gleich entlohnt. Die niedrigsten Löhne belaufen sich auf etwa 30 Yuan (50 DM), während höchstqualifizierte Arbeiter bis zu 270 Yuan (450 DM) monatlich verdienen. Leitende Büroangestellte, die aber bloße Verwaltungsarbeit durchzuführen haben, werden niedriger als die qualifizierten Facharbeiter entlohnt. Gehälter von etwa 150 Yuan (250 DM) werden für diese Arbeitskräfte bezahlt. Führende Direktoren, z. B. jene, die aus der Privatwirtschaft übernommen wurden, erhalten, insbesondere dann, wenn sie auch technisch geschult sind, hohes Entgelt. Die verhältnismäßig niedrigen Nominallöhne erscheinen günstiger, wenn die Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden. So kostet 1 kg Reis bloß 30 fen (0,50 DM), das Kilo Fische 50 fen (0,83 DM). In der Saison sinken die Fischpreise oft auf 20 fen (0,34 DM). Das Kilo Schweinefleisch kostet 160 fen (2,70 DM).

Entscheidend für die Dynamik der Wirtschaft in China ist aber, daß sich ständig eine Besserung der Reallöhne zeigt. Das Preisniveau blieb seit 1950 stabil.

Einen wichtigen Platz in der Naturalplanaufstellung nimmt die Arbeitskräftebilanz ein. Im ersten Fünfjahresplan wurden zusätzlich 3 Millionen Arbeitskräfte eingesetzt, etwa 1 Million Arbeitslose wurden im Jahre 1956 gezählt, zu denen jedoch eine Anzahl nicht mehr voll einsatzfähiger Menschen gehört. Es ist für die chinesische Produktion charakteristisch, daß, soweit als möglich, Handarbeit herangezogen wird, z. B. bei Straßenbauten, und nur dort meist modernste Maschinen eingesetzt werden, wo die Maschinenarbeit unbedingt notwendig ist.

b) Der geldwirtschaftliche Plan

In der geldwirtschaftlichen Planaufstellung nehmen die Fragen der Preise und Kosten, die Finanz- und Geldpolitik und das Staatsbudget im engeren Sinne den entscheidenden Platz ein.

Im Vordergrund steht das Problem der Kosten und Preise. Während in den ersten zwei Jahren der neuen Regierung in China

der Kostenseite der Produktion wenig Beachtung geschenkt wurde, gehört nunmehr die Kostenfrage genau so zur Planaufstellung wie die Frage der Rohstoffe und der Investitionsziele. Die Preise werden auf Grund der Durchschnittskosten erstellt, die durch laufende statistische Feststellungen ermittelt werden. Bei der Preisfestlegung spielen auch die Preise, wie sie sich historisch herausgebildet haben, eine wichtige Rolle. Für die staatlichen Unternehmungen werden die Preise zentral festgelegt. Die Schwerindustrie beliefert nicht den Markt, sondern wiederum staatliche oder staatlich-private Unternehmungen, so daß diese Preise nach außen hin nicht in Erscheinung treten. Auch die Preise für die lebensnotwendigen Konsumgüter werden im allgemeinen einheitlich festgelegt. Bezüglich der Preise der industriellen Konsumgüter erfolgt im allgemeinen keine einheitliche Regelung. Es ist vielmehr der staatliche Großhandel, der hier Preiserhöhungen verhindert. Die chinesische Wirtschaftsplanung hat die Konsumgenossenschaften nicht einbezogen und vertritt die Auffassung, daß der staatliche Handel ihre Funktion übernehmen könne. Die Marktpreisbildung spielt erst nach Preisfestsetzung eine gewisse Rolle. Wenn es sich z. B. zeigt, daß ein Artikel zu dem festgelegten Preis nicht absetzbar ist, dann wird u. U. eine Preissenkung vorgenommen. Die Tendenz der gesamten Preispolitik ist, eine Stabilisierung des Preisniveaus sicherzustellen, wobei Änderungen einzelner Preise durchaus möglich sind.

Die landwirtschaftlichen Preise sind einheitlich geregelt. Dies gilt auch für jene Produkte, die durch die Mitglieder einer landwirtschaftlichen Kolchose in ihrem privaten Bereich geerntet werden.

Man darf sich freilich die Preisfestsetzung nicht völlig starr vorstellen, sondern es sind eine Reihe von Variationsmöglichkeiten offen gelassen. Dem Großhandel kommt eine gewisse Selbständigkeit auf diesem Gebiete zu. Verschiedenheiten in den Preisen ergeben sich z. B. je nach Jahreszeiten oder mit Rücksicht auf besondere Transportkosten.

Ein wichtiges Problem stellt die *Überschussverteilung* der Erträge der Unternehmungen dar. Ein Teil wird als Steuer abgeliefert, ein anderer Teil wird an den Staat für Investitionszwecke abgegeben und nur ein kleiner Teil des Überschusses verbleibt im Betrieb. Dieser reicht heute keineswegs zu irgendwie weiterreichenden Investitionen aus. Es soll jedoch künftighin das verhältnismäßige Ausmaß dieses Betrages erhöht werden, um dem Unternehmen besonderen Anreiz zur Leistungssteigerung zu geben.

Im Zusammenhang mit der zunehmenden Bedeutung der Kosten- und Preisfrage in der Planaufstellung verstärkte sich auch das Augenmerk, das der *Buchhaltung* zugewendet wurde. Diese Entwick-

lung setzte bereits im Jahre 1953 ein. Die buchhalterischen Meldungen stellen einen wesentlichen Teil der monatlichen Berichte dar. Der Staat ist auch insofern unmittelbar an einer genauen Buchführung interessiert, als ja 60 vH. seiner Einnahmen auf die Betriebsüberschüsse zurückgehen. Die Vorschriften des Planes über die Kostenbildung sind ebenso zwingend wie die über das Produktionssoll.

In der Ausgestaltung der Buchhaltung hat sich nunmehr eine wichtige Änderung vollzogen. Man hat sich nicht bloß damit begnügt, die in privatwirtschaftlich geführten Unternehmungen übliche Buchhaltung zu übernehmen und auszugestalten, sondern ist zu einem System übergegangen, das in besonderer Weise der Naturalplanung angepaßt ist.

Es zeigt sich hier auch eine gewisse Analogie zu der Entwicklung in Rußland. Seinerzeit ergaben sich auch dort bei Vervollkommnung der privatwirtschaftlichen Buchhaltung infolge der Art der Bilanzierung Verzögerungen der Kostenberichte bis zu einem Vierteljahr. Wohl kann man mit der privatwirtschaftlichen Buchhaltung auch die Planungsvorhaben festhalten, es ergeben sich aber in der Praxis gewisse Schwierigkeiten, die durch das Multi-Kolonnensystem der neuen Buchhaltung weitgehend überwunden werden.

In Rußland wurde das System durch einen Erlaß des Finanzministeriums vom 4. November 1954 Zl. 1149 mit Wirksamkeit vom 1. Januar 1955 eingeführt. Die Vorteile des neuen Systems liegen u. a. darin, daß die Ziffern eines bestimmten Wirtschaftsbereiches gleich bewertet werden, so daß sich ein einheitliches System der Bewertung und damit Vergleichbarkeit ergibt. Außerdem wurde eine einheitliche Nomenklatur der Bilanz festgelegt. Einheitliche Methoden der Kalkulation kommen zur Anwendung. Es liegt z. B. nicht im Ermessen des einzelnen Betriebes, was er in die Selbstkosten einbezieht.

Wichtig sind ferner die Standardisierung aller Formulare, die einheitlichen Methoden der Registrierung und die einheitliche Verbuchung.

Entscheidend aber ist, daß das neue System eine unmittelbare Gegenüberstellung der Planungsziffern und Buchhaltungsziffern ermöglicht. Für jede Wirtschaftsgruppe sind Formulare entsprechend dem Produktionsplan aufgelegt und werden jeweils den charakteristischen Verhältnissen des Betriebes angepaßt. Die vielen Kolonnen geben die Möglichkeit, sofort ein Spiegelbild des Produktionsplanes in der Buchhaltung zu erhalten. In die Formulare sind alle entsprechenden Vorgänge täglich einzutragen. Das Registraturblatt gibt daher sofort einen Überblick. In den Hilfsbuchungen werden u. a. die Löhne und die tägliche Arbeitsleistung des Arbeiters festgehalten.

Die vollständige Vereinheitlichung der Buchhaltung ermöglicht eine weitgehende Mechanisierung, die den Einsatz moderner Elektronenmaschinen zuläßt. Bisher sind in China nur einige in Betrieb.

Das Staatsbudget stellt nur einen Teilabschnitt im Rahmen des geldwirtschaftlichen Planes dar. Die Geld- und Finanzpolitik ist auf Stabilität der Preise und gleichmäßige Aufwärtsentwicklung der gesamten Wirtschaft abgestellt. Wie schon erwähnt, machen die Einnahmen von den staatlichen und staatlich-privaten Unternehmungen den Großteil der Gesamteingänge aus. Wenn die Steuern, die von diesen Unternehmungen geleistet werden, einbezogen sind, gehen 80 vH. der Einnahmen des Staates auf diesen staatlichen und staatlich-privaten Sektor zurück. Im Staatsbudget 1956, das am 30. Juni d. J. vom Kongreß beschlossen wurde, betragen die Gesamteinnahmen 30 742 770 000 Yuan. Mehr als die Hälfte dieser Einnahmen werden für Investitionen eingesetzt, rund 20 vH. für nationale Verteidigung. 8 vH. für Verwaltung und 13 vH. für soziale Dienstleistungen, Kultur und Bildung. Dieser Prozentsatz soll künftighin erhöht werden. Er soll bereits im nächsten Jahre 25 vH. ausmachen. Die Ausgaben werden vor allem für Schulen und Ausbau der Gesundheitspflege verwendet. Die Finanzierung der Investitionen ist nicht so sehr ein finanztechnisches Problem; denn entsprechend der Steigerung der Erzeugung könnte ja, auch bei Aufrechterhaltung der Stabilität der Preise, eine gewisse Geldvermehrung parallel laufen. Die Grundfrage ist vielmehr eine naturalwirtschaftliche, nämlich, wie weit ist es möglich, zu Lasten des Konsums eine Ausweitung der Investitionstätigkeit zu verantworten. Es ist klar, daß eine Dynamik, wie sie in den asiatischen Ländern festzustellen ist, nach ständiger Erweiterung der Investitionstätigkeit drängt. In China will man an der Regel festhalten, daß rd. 20 vH. des Nationaleinkommens für Investitionen vorbehalten sein sollen, während 80 vH. dem Konsum zukommen.

c) Koordination

Ein wichtiges Problem ist die *Koordination* der verschiedenen Stellen, die bei der Planaufstellung mitwirken. Für die Planaufstellung sind zwei Spitzenorganisationen verantwortlich, die nationale Planungskommission, die die langfristigen Pläne aufstellt und die nationale Wirtschaftskommission, die für die Durchführung und Kontrolle der Jahrespläne verantwortlich ist. In den einzelnen Provinzen und Distrikten bestehen gleichfalls Planungskommissionen, die in Zusammenarbeit mit den zwei Spitzenorganisationen und den einzelnen Unternehmungen stehen. Schematisch gesehen, vollzieht sich der Weg der Planerstellung so, daß die nationale Planungskommission vorerst einmal die Zielzahlen des Planes aufstellt. Dieser Entwurf

wird an die Ministerien, Provinzen und Trusts weitergeleitet. (Diese sind Zusammenfassungen von gleichartigen Industrieunternehmungen eines bestimmten Bereiches, der nicht mit der Verwaltungseinteilung zusammenfallen muß.) In den einzelnen Unternehmungen werden die Vorschläge diskutiert, kritisiert und ergänzt und gehen auf demselben Weg, wie sie von der Planungskommission herabgelangten, wieder an diese zurück. Sie stellt die abschließende Fassung fest, die dem Staatsrat vorgelegt wird. Der Kongreß beschließt endgültig.

In Wirklichkeit ist der Weg der Planbildung viel lebendiger gestaltet. Es besteht ein ständiger Fluß von oben nach unten, indem Vorschläge an die verschiedenen untergeordneten Stellen und Unternehmungen gemacht werden, zu denen diese ihre Äußerungen abgeben, umgekehrt gehen von den unteren Instanzen Vorschläge an die mittleren und Spitzenorganisationen.

Bei der Koordination spielt die Zusammenarbeit zwischen staatlichem und privatem Sektor eine gewisse Rolle. Wie schon erwähnt, bezieht sich die direkte Planung im allgemeinen nur auf den öffentlichen Sektor, während der staatlich-private und die kleinen Privatbetriebe durch indirekte Planung erfaßt werden. In der Landwirtschaft hat sich eine außerordentliche Steigerung der Genossenschafts- und Kolchosenbildung vollzogen. Ende 1955 waren 63 vH. der landwirtschaftlichen Haushalte in Genossenschaften und Kolchosen erfaßt. Das Gebiet, das von ihnen bebaut wurde, erreichte 64 vH. der gesamten bebauten Fläche. Von den Genossenschaften waren bereits 17 000 in Kolchosen übergegangen und umfaßten 4,7 Millionen Haushalte. Die Entwicklung geht in der Richtung der Kolchosenbildung weiter. In der Industrie bestehen noch jene eigenartigen Unternehmungen, die als staatlich-privat bezeichnet werden. Wir kommen bei den Fragen der Plandurchführung noch einmal auf diese Institution zu sprechen, die freilich bloß als Übergangseinrichtung gedacht ist; auch die staatlich-privaten Unternehmungen sollen Schritt für Schritt verstaatlicht werden. Diese vorsichtige Überführung soll dazu dienen, um frühere Unternehmer zur Mitarbeit zu gewinnen.

d) Erster und zweiter Fünfjahresplan

Bevor wir auf Fragen der Plandurchführung eingehen, seien einige Hinweise auf konkrete Gestaltung der beiden Fünfjahrespläne gegeben. Im ersten Fünfjahresplan ist für die Investitionen eine Gesamtsumme von rund 43 000 Millionen Yuan vorgesehen. Hiervon für den Industriebereich 58,2 vH., für die Landwirtschaft 7,6 vH., für das Verkehrswesen 19,2 vH., für Handel und Bankwesen 3 vH., für Bildungsaufgaben 7,2 vH. Vergleichen wir die Jahre 1952 (den Beginn des Fünfjahresplanes) und

1957 (Ende), so ergeben sich folgende prozentuelle Steigerungen. Elektrizitätserzeugung 219 vH. (Gesamterzeugung 16 000 Millionen kWh im Jahre 1957), Kohle 178 vH. (Gesamterzeugung 113 Millionen t), Stahl 306 vH. (Gesamterzeugung 4 Millionen t), Maschinen und Werkzeuge 180 vH. (29 000 t), Zement 210 vH. (6 Millionen t), Baumwollgarne 138 vH. (5 Millionen Bales), Papier 176 vH. (655 000 t), Weizen 156 vH. (4,7 Millionen t), raffinierter Zucker 276 vH. (686 000 t). Die einzelnen Jahrespläne der industriellen Erzeugung wurden sowohl für 1953 als auch 1954 und 1955 übererfüllt. Die Überschreitung des Plan-Solls ist durch eine entsprechende Reservenbildung möglich. Im Jahre 1956 zeigte sich ein noch stärkerer Anstieg der industriellen Produktion, so daß man bereits jetzt feststellen kann, daß die Erfüllung des Fünfjahresplanes ein Jahr voraus ist. In der Schwerindustrie z. B. ist die Produktion 1956 ungefähr 99 vH. der ursprünglich für 1957 geplanten. Das Ministerium für Kohlenindustrie wird etwa 96 vH. erreichen. Die landwirtschaftliche Produktion zeigt gleichfalls einen wesentlichen Aufstieg. 1955 wies eine hervorragende Ernte auf. Zu diesem Erfolg trug nicht nur die günstige Witterung bei, sondern auch die Ausgestaltung und Rationalisierung der landwirtschaftlichen Produktion, die Vermehrung der Traktorstationen und der Bewässerungsanlagen. Im Jahre 1956 wurden bisher 9000 Wasserpumpenanlagen errichtet. Sie können 330 000 ha Land bewässern und haben eine Gesamtkapazität von 170 000 PS.

Der 8. Nationalkongreß der chinesischen kommunistischen Partei befaßte sich eingehend mit dem zweiten Fünfjahresplan. Dieser soll, wie aus offiziellen Veröffentlichungen zu entnehmen ist, die industrielle Produktion gegenüber 1957 verdoppeln. Die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung soll um 35 vH. am Ende des zweiten Fünfjahresplanes höher sein als am Ende des ersten. Das Nationaleinkommen soll im Jahre 1962 um 50 vH. höher als im Jahre 1957 sein. Neuerdings sollen die Investitionen für Anschaffung von Produktionsmitteln und Errichtung neuer Anlagen absolut und prozentuell erhöht werden. Nach wie vor steht die Schwerindustrie an erster Stelle. Die Stahlproduktion soll von 4 Millionen t im Jahre 1957 auf 12 Millionen t im Jahre 1962 gesteigert werden, die Produktion an elektrischer Kraft von 40 000 auf 43 000 Millionen kWh, die Kohlenproduktion von 190 auf 210 Millionen t, die Erzeugung chemischer Düngemittel von 3 Millionen auf 3,2 Millionen t. Auch hinsichtlich der Verbrauchsgüterindustrien, insbesondere der Erzeugung von Baumwollgarnen und Baumwollwaren sind Steigerungen geplant. Diese hängen zum Teil zusammen mit einer beabsichtigten Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung. Die Reallöhne der

Arbeiter und Angestellten sollen um 25 bis 30 vH. innerhalb des Fünfjahresplanes erhöht werden.

2. Plandurchführung

Planaufstellung und Plandurchführung greifen eng ineinander. Eine klare Planaufstellung ermöglicht eine erfolgreiche Durchführung. Von der Art der Durchführung wiederum hängt es ab, ob eine Planaufstellung in rationeller Weise möglich ist. Wir sahen z. B., daß die Fragen der Buchführung in der Wirtschaftsplanung Chinas eine steigende Rolle spielen. Die Ausgestaltung der Buchhaltung, insbesondere im Sinne des Multikolonnensystems ermöglicht eine exaktere Durchführung. Die dadurch gewonnenen Unterlagen aber sind die Basis für eine klare Aufstellung des Wirtschaftsplanes.

Vor allem ist es in China der staatliche Sektor, der Pfeiler der Durchführung ist. Heute spielt neben diesem aber auch die *s t a a t l i c h - p r i v a t e U n t e r n e h m u n g* eine Rolle, sowohl statisch, also im Hinblick auf die augenblickliche Funktion, als auch dynamisch betrachtet, im Hinblick auf die Entwicklung zum verstaatlichten Unternehmen. Das staatlich private Unternehmen stellt eine Verbindung privaten Kapitals und staatlicher Führung dar. Die eigenartige Konstruktion dieser Unternehmungen wird vielleicht am besten an einem Beispiel klar. Eine große Baumwollspinnerei und Weberei in Schanghai wurde im Jahre 1954 von einer Aktiengesellschaft in eine staatlich-private Unternehmung umgeändert. In diesem Jahre stellten die Mitglieder des Vorstandes den Antrag bei der Regierung, das Unternehmen in einen staatlich privaten Betrieb umzuwandeln. Für den Übergang wurde eine Arbeitskommission, bestehend aus fünf Vertretern des Privatkapitals und fünf Staatsvertretern eingesetzt. Schließlich wurde festgelegt, daß die 14 ehemaligen Vorstandsmitglieder auch weiterhin im Vorstand verbleiben können. Dazu aber kamen drei Vertreter des Staates. Sämtliche Aktionäre (etwa 30) arbeiten im Betrieb. Der Manager selbst besitzt ein Drittel der Aktien. Dem Aktionär sind 5 vH. Verzinsung seines Kapitals gesichert. Diese Zinsen bekommt auch der Manager in der in Rede stehenden Fabrik, außerdem ein Gehalt von 600 Yuan (1000 DM).

Das wichtigste Organ der Unternehmung ist die Versammlung der Vertreter der Arbeitnehmerschaft. Ihr gehören 120 Vertreter an, die von der Belegschaft gewählt sind. Die Vertreter des Staates sind Mitglieder dieses obersten Organs der Unternehmung kraft Gesetz. Die privaten Eigentümer können beratend teilnehmen.

Durch die Versammlung der Vertreter der Arbeitnehmerschaft wird eine Verwaltungskommission gewählt, der auch die privaten und

staatlichen Direktionen angehören, ferner 15 weitere Mitglieder, u. a. leitende Funktionäre der Gewerkschaften. Die laufenden Geschäfte werden durch den Vorstand geführt, dem die früheren 14 privaten Vorstandsmitglieder und drei staatliche angehören.

Daneben besteht wohl auch die Einrichtung einer Generalversammlung der Aktionäre, sie wird jedoch im wesentlichen nur zur Entgegennahme von Berichten einberufen.

Die dynamische Funktion der staatlich-privaten Unternehmungen liegt darin, daß sich die Unternehmer, in unserem Beispiel der Manager, allmählich in die neue Wirtschaftsordnung einfügen. Dies ist um so leichter zu erreichen, als es sich in der Regel um kleinere und mittlere Unternehmer handelt, die seinerzeit unter starkem Druck der sogenannten bürokratischen Kapitalisten, also der Leiter jener Großunternehmungen und Unternehmensverbände, die staatlich gefördert wurden, standen. Diese vermachtete Unternehmerschaft wurde im Zuge der Verstaatlichung enteignet. Die sogenannten nationalen Unternehmer aber, das sind jene mittleren Unternehmer vom Schlage unseres Managers, wurden zur Mitarbeit herangezogen. Die erste Etappe war die Entwicklung vom rein privaten zum privat-staatlichen Betrieb. Die Wirtschaftsplanung in China versucht, alle Kräfte, die irgendwie für den Aufbau der Wirtschaft in Betracht kommen, heranzuziehen. Die Unternehmer sind hierfür außerordentlich wichtig, so daß großer Wert auf die Erfüllung der dynamischen Funktion der staatlich-privaten Unternehmungen gelegt wird, nämlich die Unternehmerschaft eindeutig für das verstaatlichte Unternehmen zu gewinnen, zu dessen Leitung sie entsprechend herangezogen werden.

Weitreichende Aufgaben sind den landwirtschaftlichen Genossenschaften übertragen. Auch hier können wir zwischen statischer und dynamischer Funktion unterscheiden. Die statische liegt darin, daß die gegenseitige Hilfe der Genossenschafter hinsichtlich Anbau, Düngung und Ernte, Einkauf und Verkauf gefördert wird. Die dynamische Funktion liegt darin, die Überführung vom Einzelbauern zum Kolchos zu erreichen. Die Erfüllung der statischen Funktion hat zu einer Steigerung der Produktivität geführt, insbesondere aber auch erreicht, daß die frühere Vorherrschaft des Handels gegenüber der Landwirtschaft gebrochen wurde. Der Druck auf den Preis des Tees seitens der Händler war so stark, daß vor 1950 schließlich 1 kg Tee gleich 1 kg Reis war. Nunmehr gelang es, dem Landwirt, ohne Erhöhung der Konsumentenpreise, ein Zehnfaches zu bieten.

Die dynamische Funktion soll in besonders vorsichtiger Weise durchgeführt werden. Selbst nach Zusammenlegung der einzelnen

Grundstücke soll der größere Besitz an Grund und Boden im Einkommen bis zu einem gewissen Grade berücksichtigt werden. Erst die spätere Entwicklung legt ausschließlich die Arbeitsleistung der Lohn- und Einkommensbildung zu Grunde.

Eine große Rolle spielen die Handwerksgenossenschaften. Sie sollen es den außerordentlich geschickten, auf sich allein gestellt, aber zum Untergang verurteilten Handwerkern ermöglichen, sich in den Gesamtaufbau einzugliedern. Auf diese Weise soll das so wertvolle chinesische Kleinhandwerk erhalten bleiben.

Auch die Banken sind bei der Durchführung des Planes eingeschaltet. Neben den Staatsbanken gibt es staatlich-private Banken, rein landwirtschaftliche Institute stehen neben Industriebanken und Außenhandelsbanken. Die Banken können innerhalb der vom Ministerium festgelegten Grenzen Kredite gewähren. Wenn nun ein Unternehmer bei der Bank um einen Kredit ansucht, wird zuerst überprüft, inwieweit dieser Antrag mit dem Kreditplan vereinbar ist. Dann nimmt die Bank mit den lokalen Verwaltungsstellen Fühlung und legt schließlich die Höhe des Kredites fest. Den Banken kommt hierbei die wichtige Rolle zu, die Kreditwürdigkeit zu überprüfen. Die Höchstgrenze des Kredites ist durch den Plan gegeben. Die Bank kann entscheiden, ob es der Betrieb wirtschaftlich rechtfertigt, ihm Kredit bis zur Höchstgrenze zu geben oder aber die Kreditgewährung zu beschränken ist.

Die Kontrolle der Plandurchführung wird mit Hilfe der statistischen Meldungen und der laufenden Berichte durchgeführt. Spitzenorganisation für die Kontrolle ist die Nationale Wirtschaftskommission. Im übrigen führen jene Stellen, welche den Plan festlegen, auch die Kontrolle durch. Die Statistiken und das Meldungswesen sind vor allem im staatlichen Sektor und im privat-staatlichen Sektor ausgebaut. Damit sind mehr als 70 vH. der gesamten Produktion und ungefähr 400 verschiedene Güterarten erfaßt.

Wie bereits bei Erörterung der Zusammenhänge zwischen Planung und Buchhaltung besprochen, erstrecken sich die laufenden statistischen Meldungen nicht nur auf die Höhe der Produktion, das Ausmaß des verwendeten Rohmaterials und der Arbeitszeit, sondern ebenso auch auf die Kostengestaltung. Neben diesen streng genormten, einheitlich gestalteten statistischen Meldungen werden Berichte erstattet, die die jeweilige Situation zusätzlich erläutern. Die Berichte gehen an die Zentralstellen und an die Planungskommission der Provinz. Im Falle der indirekten Planung sind jeweils die zuständigen örtlichen Instanzen eingeschaltet. Die Gewerkschaften fungieren als Kontrollorgane hinsichtlich der Durchführung der Anordnungen auf sozialem Gebiete, während hinsichtlich der Wirtschaftsfragen durch

die zuständigen Kommissionen Kontrollorgane entsandt werden, welche die Meldungen der Unternehmungen auf ihre Richtigkeit überprüfen.

Wenn sich die chinesische Wirtschaftsplanung unmittelbar auch bloß auf China erstreckt, so zeigt sich doch in verschiedener Hinsicht, daß auch die Gesamtentwicklung im asiatischen Raum berücksichtigt wird. So wurde z. B. im Februar 1956 in Peking ein „Asian Solidarity Committee of China“ errichtet, das die Zusammenarbeit zwischen China und den anderen asiatischen Ländern pflegen soll. In Vorschlägen zum zweiten Fünfjahresplan ist eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ländern Asiens und Afrikas ausdrücklich vorgesehen. Es sollen die Handelsbeziehungen vertieft, Erfahrungen auf dem kulturellen und technischen Gebiet ausgetauscht werden. Dadurch soll die wirtschaftliche Entwicklung gegenseitig gefördert werden. Es ist charakteristisch, daß bei der Gründung des buddhistischen theologischen Institutes in Peking im September 1956 das Oberhaupt der internationalen buddhistischen Mönchsdelegation besonders die Bedeutung der Zusammenarbeit der asiatischen Völker hervorhob. Es zeigte sich an diesem charakteristischen Beispiel deutlich, daß die verschiedensten Kräfte, nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch religiöser Art, in der Richtung einer aufeinander abgestimmten Entwicklung der gesellschaftlichen Wirtschaft Asiens lebendig sind.

3. Das russische Vorbild³

Da die chinesische Wirtschaftsplanung sehr stark auf dem russischen Vorbild aufbaut, ist für das Verständnis der heutigen Gestaltung der Wirtschaftsplanung in China und der weiteren Entwicklung wichtig, sich die gegenwärtigen Tendenzen in der Wirtschaftsplanung Rußlands vor Augen zu führen. Hierbei werden auch Unterschiede zwischen beiden Systemen klar werden, insbesondere das behutsame Vorgehen der chinesischen Wirtschaftsplanung hinsichtlich der Heranziehung der privaten Unternehmer, sei es in der Industrie, sei es in der Landwirtschaft.

Drei Entwicklungstendenzen scheinen für die Wirtschaftsplanung Rußlands gegenwärtig charakteristisch: Das Streben nach einem „dezentralisierten Zentralismus“, nach einer gesteigerten Elastizität, und die besondere Anwendung der Bilanzmethoden, wobei es sich nicht um Bilanz im buchhalterischen, sondern im volkswirtschaftlichen Sinne handelt.

³ Vgl. hierzu Werner Hofmann „China und die Sowjetordnung“, Schmollers Jahrbuch 1956, 2. Heft, S. 71 ff.

Die Dezentralisierungstendenzen zeigen sich z. B. in der Mitwirkung bei der Planaufstellung. Es werden im stärkeren Maße als bisher die Trusts (Betriebe einer bestimmten Sparte in ihrer Zone) und die örtlichen Organisationen zu den Planungsaufgaben herangezogen.

Wichtig ist ferner die Unterstellung bestimmter Branchen und Betriebe unter die Ministerien der einzelnen Republiken. Das gilt z. B. für den Schiffsverkehr, für den Autoverkehr. Insgesamt sind etwa 50 vH. der gesamten Wirtschaft den Ministerien der einzelnen Republiken unterstellt.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Dezentralisierung der Preisbildung. Die Preisbildung der landwirtschaftlichen Produktion geht wesentlich auf die Marktpreisbildung zurück. Es werden nicht nur die Preise jener landwirtschaftlichen Produkte, die auf dem Privatboden der Kolchosbauern erzeugt werden, am Markte gebildet, sondern auch für eine Reihe anderer Produkte ist die Marktpreisbildung maßgebend. In vielen Fällen werden erst unter Berücksichtigung dieser Preisbildung die staatlichen Preise fixiert. Umgekehrt ist der Vorgang in China, wo die Marktpreisbildung erst nachträglich korrigierend einwirkt.

Im übrigen erfolgt die Preisfestsetzung auf Grund der Selbstkosten plus Rentabilitätszuschlag. Die sogenannte Rentabilitätsnorm betrug früher 3 bis 4 vH. der Selbstkosten und wurde jetzt auf 7 bis 8 vH., in manchen Fällen auch noch stärker, erhöht. Dafür wurden die Umsatzsteuern, die für die zentrale Investition verwendet wurden, ermäßigt. Das bedeutet eine Steigerung der Selbstfinanzierungstätigkeit der einzelnen Unternehmen. In China bahnt sich allmählich eine ähnliche Entwicklung an, indem bei der Überschußverteilung in den einzelnen Unternehmungen die dem Unternehmen verbleibende Quote erhöht wird.

Ähnlich wie in China werden Preis-Variationen vorgesehen, z. B. bedingt durch höhere Zulieferkosten oder sonstige besondere Aufwendungen. Neu ist, daß auch in manchen Fällen lokale Preisfestsetzungen zugelassen werden. Zuständig sind dann die Räte der Republiken und die Exekutivkomitees der Gebiete und die Stadträte. Die lokale Preisfestsetzung kommt vor allem dann in Betracht, wenn die in dem betreffenden Bereich erzeugten Produkte dort selbst auch verbraucht werden.

Die Dezentralisierung zeigt sich nicht nur in örtlicher, sondern auch in fachlicher Hinsicht. Der Fünfjahresplan zerfällt in einen Generalplan und in besondere Pläne, die fachlich aufgegliedert sind, z. B. ein Plan für Elektrifizierung der Bahnen. Daneben gibt es auch

Teilpläne für einzelne Rayons, insbesondere für Ausbau bisher unterentwickelter Teile des Landes.

Besonders hervorzuheben ist, im Gegensatz zu manchen anderen europäischen Ländern, die Heranziehung der Wissenschaft bei der Aufstellung und Durchführung des Planes. Die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sind maßgebend eingeschaltet hinsichtlich der Aufstellung des Planes, aber auch bei seiner Durchführung, z. B. betreffend Ausbau und Umgestaltung der Buchhaltung. Auch die Ergebnisse ausländischer wirtschaftswissenschaftlicher Untersuchungen werden entsprechend verwertet.

Wenn auch schon bisher bei der Plandurchführung die Vertragsabschlüsse zwischen den einzelnen staatlichen Unternehmungen eine Rolle spielten, so zeigt sich doch neuerdings eine Verstärkung dieser dezentralisierten interbetrieblichen Vereinbarungen. Das zunehmende Ausmaß der Selbstfinanzierung wurde schon im Zusammenhang mit der Dezentralisierung der Preisbildung besprochen.

Eine Dezentralisierung der Produktion kommt u. a. darin zum Ausdruck, daß in jenen Gebieten, die bisher nicht oder nur wenig industrialisiert waren, in stärkerem Maße industrieller Aufbau einsetzt. Hier zeigt sich eine analoge Bewegung, wie sie in China Platz greift. Während dort eine Verlagerung vom Osten nach dem Westen charakteristisch ist, geht in Rußland die Verlegung von den östlichen in die westlichen Gebiete.

Die Genossenschaften werden gleichfalls als Mittel der Dezentralisation verwendet. Es handelt sich hierbei nicht nur um spezifische Aufgaben landwirtschaftlicher Genossenschaften, sondern auch um einen verstärkten Einsatz der Konsumgenossenschaften, die allerdings vor allem auf dem Lande und in den kleineren Städten Bedeutung haben. Sie sind in ihrem Warenbezug nicht auf die staatlichen Unternehmungen allein angewiesen, sondern beziehen ihre Waren vermittelst ihrer Großeinkaufsstellen unter Umständen auch aus dem Ausland. Einige Produkte werden in genossenschaftseigenen Fabriken hergestellt.

Schließlich sei noch ein interessanter Versuch der Dezentralisation der Großstädte erwähnt. Es sollen nicht zwangsweise Industrien aus der Stadt auf das flache Land verlagert werden, aber es soll für bestimmte Großstädte die Neueinrichtung von Industrien verboten werden. Auf diese Weise wird künftighin die Erstellung von Unternehmungen außerhalb der Städte erzwungen. Die zunehmende Bevölkerung, die nicht mehr in der Industrie der Stadt Beschäftigung finden kann, drängt notwendigerweise in diese auf dem flachen Lande errichteten Unternehmungen. Die Tendenz wird noch durch die Frei-

setzung von Arbeitskräften infolge des technischen Fortschrittes verstärkt.

Das Streben nach gesteigerter Elastizität kommt u. a. in der Errichtung einer zweiten Planungskommission, der die Aufstellung der Jahrespläne und deren Kontrolle obliegt, zum Ausdruck. Die Koordination, die früher eine gewisse Starrheit aufgewiesen hat, wurde gleichfalls elastischer gestaltet, z. B. dadurch, daß jedes Ministerium für die Unternehmungen, die ihm unterstellt sind, eine Koordination der Anregungen und der Kritik der verschiedenen Stellen durchführt.

Für den Gesamtaufbau des Planes ist die Bilanzmethode charakteristisch. Hierbei wird, wie dies auch in China durchgeführt ist, zwischen naturalwirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Bilanz unterschieden. Bei der naturalwirtschaftlichen Bilanz handelt es sich um die Sicherung der Proportionen. Das gilt sowohl für die Rohstoffbilanz als auch für die Bilanz, welche die Entwicklung der einzelnen Gebiete vergleichend gegenüberstellt und gewissermaßen Proportionen der Standorte festlegen will. Die Bilanzmethode kommt ferner in der Transportbilanz und in der Maschinenbilanz zum Ausdruck. Die geldwirtschaftliche Bilanz bezieht sich auf die Probleme des Nationaleinkommens und des Budgets, insbesondere aber auf die Proportionen zwischen Geldumlauf und Produktion, ferner zwischen Produktion und Einkommen. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß die alte Lohnfondstheorie im Rahmen der Wirtschaftsplanung eine Art Auferstehung feiert. Es werden nämlich vor Erstellung des Planes die Lohnsummen in den einzelnen Betrieben erhoben und auf Grund dieser die Gesamtlohnsumme errechnet, die voraussichtlich für die Lohnzahlung notwendig ist. Dann erst wird die Aufgliederung der Löhne in den einzelnen Branchen und hinsichtlich der Qualifikation der Arbeitskräfte vorgenommen. Die Proportion zwischen Lohnfonds und Höhe der Konsumgüterproduktion spielt in der geldwirtschaftlichen Bilanz eine wichtige Rolle.

Bei der Preisbildung handelt es sich u. a. um die Festlegung entsprechender Preisproportionen, zum Beispiel hinsichtlich der Preise der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion, aber auch um Proportionen bei der Festlegung der Preise von Industrieprodukten, die in ihrer Verwendung miteinander konkurrieren. Ein wichtiges Beispiel hierfür ist der Preis für Kohle und Heizöl. Die Kosten der Kohlenproduktion sind relativ höher als die für die Gewinnung des Heizöls. Da aber nach wie vor die Steinkohle die Grundlage für den Brennstoffverbrauch in Rußland darstellt, muß die Proportion zwischen Heizölpreis und Kohlenpreis hergestellt werden. Es wird

also auf den auf Grund der Selbstkosten errechneten Ölpreis eine entsprechend hohe Umsatzsteuer gelegt. Wäre die Situation so, daß Öl die Grundlage des Brennstoffbedarfes wäre, dann müßte die Preisfestsetzung auf den Kosten der Ölproduktion aufbauen.

Es ist klar, daß bei Aufstellung des staatlichen Budgets die Bilanzmethode angewendet wird. Hier kommen die Finanzquellen und ihre Auswertung zur Darstellung. Freilich taucht nur jener Teil der Einnahmen auf, der der Wiederverteilung zufließt. Das staatliche Budget wird im Rahmen der Wirtschaftsplanung auch zu einem Instrument, die Proportionen zwischen den einzelnen Produktionszweigen zu erhalten oder wieder herzustellen, indem die zur Verfügung stehenden Mittel dort eingesetzt werden, wo es gilt, ein Zurückbleiben gegenüber der Gesamtproduktion aufzuholen, oder anders ausgedrückt, eine Disproportion zu beseitigen.

Die Tendenzen der Dezentralisation, der Elastizität und der Bilanzmethode kommen zum Teil bereits auch in der chinesischen Wirtschaftsplanung zum Ausdruck. Im Hinblick auf die Entwicklung der russischen Planung ist anzunehmen, daß sich die Dezentralisierungstendenzen auch in der chinesischen Wirtschaftsplanung mehr und mehr durchsetzen.

II. Wirtschaftsplanung in Indien

1. P l a n a u f s t e l l u n g

Ziel der Wirtschaftsplanung in Indien ist, den Sozialismus durchzuführen. In der erwähnten Veröffentlichung „Second Five-Year-Plan“ ist dieses Ziel hervorgehoben: These basic objectives have recently been summed up in the phrase „socialist pattern of society“ (S. 10). Wesentlich hierfür ist, daß die Wirtschaftsentwicklung nicht durch privaten Profit, sondern durch sozialen Fortschritt bestimmt ist. Die Gestaltung der gesellschaftlichen Wirtschaft soll weiterhin so geplant sein, daß sie nicht nur wesentliche Steigerung des Nationaleinkommens bringt, sondern gleichzeitig auch eine gleichmäßigere Verteilung dieses Einkommens und eine gleichmäßigere Anteilnahme aller am Volksreichtum. Es handle sich, wirtschaftlich gesehen, darum, die Dynamik der Wirtschaft so zu gestalten, daß kontinuierlich steigender Wohlstand erreicht wird. Entscheidend aber ist, wie bereits einleitend hervorgehoben, daß die absoluten Werte als letztes Ziel jeder Wirtschaftspolitik erkannt werden. „It follows then that the pattern and lines of economic development must from the start be related to the basic objectives which the society has in view“ (S. 10).

a) *Der naturalwirtschaftliche Plan*

Das *N a h z i e l* der Wirtschaftsplanung ist, wie in der Einleitung zu dem Fünfjahresplan dargelegt wird, ein „*m a x i m u m - r e t u r n*“. Die unmittelbare Aufgabe ist also, eine maximale Produktion sicherzustellen.

Gleichrangig mit dieser Zielsetzung wird eine *g l e i c h m ä ß i g e E i n k o m m e n s g e s t a l t u n g* verlangt. Eines der Mittel, dieses Ziel zu erreichen, ist eine entsprechende Anwendung der sogenannten *fiscal policy*. Sie hat eine wichtige Rolle zu spielen in der gleichmäßigen Verteilung von Einkommen und Reichtum. Es wird aber gleichzeitig in den Ausführungen des Fünfjahresplanes betont, daß der Versuch, durch steuerliche Maßnahmen eine solche Gleichmäßigkeit zu erzwingen, die Gefahr mit sich bringt, daß der Anreiz zur Produktionssteigerung in der privaten Wirtschaft zurückgeht.

Das Streben nach gleichmäßigerer Einkommensverteilung zeigt sich nicht etwa nur in der Forderung nach Steigerung der Löhne in der Industriearbeiterschaft, sondern in charakteristischer Weise auch in der Landwirtschaft. Es ist keineswegs daran gedacht, so wie es in China der Fall ist, zur Kolchosenwirtschaft überzugehen. Man will aber eine tiefgreifende Reform der *L a n d w i r t s c h a f t s v e r f a s s u n g* durchführen, insbesondere des Pächterwesens und eine *O b e r g r e n z e* für den Grundbesitz festlegen. Man sieht hierin wichtige Schritte zu einer Sicherung der Proportionen in der landwirtschaftlichen Struktur und insbesondere entsprechende Maßnahmen, um die Unterschiede hinsichtlich des Eigentums an Land zu verringern. Die Festlegung einer Obergrenze berücksichtigt zwei Gesichtspunkte, einmal eine Obergrenze festzulegen für künftigen Landerwerb und zweitens, eine Obergrenze für bereits bestehenden Landbesitz. Während die Obergrenze hinsichtlich künftigen Landerwerbes in einer Reihe von Staaten Indiens festgelegt ist, fehlt eine derartige Festlegung hinsichtlich des bestehenden. Es ist aber vorgeschlagen worden, während der Dauer des zweiten Fünfjahresplanes Schritte zu unternehmen, daß in jedem Staate Obergrenzen für den bereits bestehenden Landbesitz bestimmt werden. Im Interesse der Produktivität sind freilich einige Ausnahmen von dieser Obergrenze festgelegt, zum Beispiel hinsichtlich Tee, Kaffee und Kautschuk-Plantagen. Der Landbesitz über der Höchstgrenze soll nicht unentgeltlich enteignet werden, sondern er soll durch die Staatsregierung erworben werden. Der Pachtzins, der von den künftigen Pächtern des staatlichen Bodens verlangt wird, soll so fixiert werden, daß er nicht über ein Viertel oder ein Fünftel des Produktionsertrages hinausgeht.

Hinsichtlich der Durchführung kommt das *S u b s i d i a r i t ä t s - p r i n z i p* deutlich zum Ausdruck. Dem einzelnen und der kleineren

Gemeinschaft sollen jene Aufgaben überlassen werden, zu deren Erfüllung sie ebenso geeignet ist, wie die größere Gemeinschaft und schließlich der Staat. Der indische Fünfjahresplan hält an drei Sektoren der Wirtschaft fest, und zwar am privaten, genossenschaftlichen und staatlichen Sektor. Der private Sektor ist nicht etwa so wie der statalich-private Sektor in China als Übergangseinrichtung gedacht, sondern soll ständig eine Rolle in der indischen Wirtschaftsplanung spielen. Gleichzeitig aber ist betont, daß in einer dynamischen Wirtschaft, wie es die indische ist, der staatliche Sektor absolut und relativ zunehmen muß, um das „socialist pattern of society“ zu realisieren⁴.

An vielen Stellen des Berichtes über den zweiten Fünfjahresplan ist die Notwendigkeit der Erweiterung des öffentlichen Sektors auf produktionspolitisch wichtigen Gebieten besonders betont.

Außerordentliche Bedeutung wird dem genossenschaftlichen Sektor zugemessen und seine Förderung als eine der wichtigsten Aufgaben des zweiten Fünfjahresplanes bezeichnet. Eine besondere Form der Bildung persönlicher Gemeinschaften im Dienste der Realisierung wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Aufgaben stellen die sogenannten „p a n c h a y a t s“ dar, die im wesentlichen als eine alte Form der Dorfgemeinschaft bezeichnet werden können, die unter ausländischem Einfluß beseitigt wurde, aber nunmehr zu neuem Leben erwacht ist.

Bei der Planaufstellung wird, ähnlich wie im chinesischen Plan, hinsichtlich des Zeitraumes zwischen Einjahres-, Fünfjahres- und Fünfzehnjahresplänen unterschieden. Die Fünfjahrespläne sind grundlegend, die Einjahrespläne sollen der Elastizität der Planausführung dienen, während die Fünfzehnjahrespläne bloß Richtlinien für die weiteren Fünfjahrespläne darstellen. Neben den Gesamtplänen werden auch besondere Distriktpläne aufgestellt, die wohl eine Dezentralisierung der Planaufstellung bedeuten, aber doch im Wesen der Erfüllung des Gesamtplanes dienen sollen.

Ein wichtiger Bestandteil der Planaufstellung ist die S c h w e r p u n k t b i l d u n g. Sie erfolgt in erster Linie nach fachlichen Gesichtspunkten. Ähnlich wie im chinesischen Plan steht eine rasche Industrialisierung der indischen Wirtschaft im Vordergrund. Hierbei

⁴ In a growing economy there is scope both for public and private sectors to expand simultaneously, but if development is to proceed at the pace envisaged and is to contribute effectively to the larger social ends in view, it is inevitable that the public sector must grow not only absolutely but also relatively to the private sector. (A.a.O., S. 11.)

sollen sich privater und öffentlicher Sektor gegenseitig ergänzen. Sie sollen gewissermaßen als Teile eines einheitlichen Mechanismus betrachtet werden. Es ist jedoch vor allem eine Erweiterung der staatlichen Unternehmungen auf dem Gebiete der Industrie und der Rohstoffproduktion ins Auge gefaßt. Wenn auch der Ausbau der Schwerindustrie im indischen Plan im Vordergrund steht, so hat er doch nicht jenes Übergewicht wie in dem chinesischen Plan.

Neben der fachlichen Schwerpunktbildung spielt jene nach Standorten eine wichtige Rolle. Die Wahl der Standorte erfolgt nach ähnlichen Gesichtspunkten wie in China. Es sollen die industriellen Entwicklungsmöglichkeiten der unterentwickelten Gebiete besondere Beachtung erfahren.

Der Wesenszug der Arbeitskräftebilanz in Indien unterscheidet sich von dem der chinesischen Bilanz. Hier steht die Erreichung der Vollbeschäftigung stark im Vordergrund. Der Beseitigung der Arbeitslosigkeit soll durch Erweiterung der Produktion, entsprechende Wahl der Produktionsmethoden (soweit als möglich arbeitsintensive Methoden) und durch proportionale Gestaltung der Entwicklung in den einzelnen Teilen des Landes begegnet werden.

b) Der geldwirtschaftliche Plan

Der naturalwirtschaftlichen Bilanz ist die geldwirtschaftliche gegenübergestellt. Grundgedanke der gesamten Finanzpolitik ist, sie der Dynamik der indischen Wirtschaft anzupassen. „In a developing economy the basic trend of Government's fiscal and monetary operations is inevitably expansionist“ (a.a.O. S. 19). Diese Festlegung bedeutet eine Absage an die alte orthodoxe Finanzpolitik und die Anerkennung der Erkenntnisse der modernen Wirtschaftslehre, daß die Finanzpolitik die Wirtschaftspolitik nicht hemmen dürfe, sondern zu fördern habe.

Wohl spielen die Fragen der Preisbildung eine große Rolle in der Problematik der geldwirtschaftlichen Bilanz, die Mittel zu ihrer Lösung sind jedoch völlig uneinheitlich. Es wird in diesem Zusammenhang von Export- und Importkontrollen gesprochen, von Lizenzerteilungen, Preiskontrollen und unmittelbarer Einflußnahme des Staates auf die Produktion in einzelnen Wirtschaftszweigen. Ferner werden Maßnahmen der Gegenspekulation empfohlen. Es sollen größere Lager von wichtigen Gütern, insbesondere von Getreide, angelegt werden, damit im Falle von Preisübersteigungen der Staat durch Abverkauf von diesen Lagern die Preise senken kann.

Wie schon erwähnt, soll die Finanzpolitik auch der Nivellierung der Einkommen dienen, wobei jedoch die engbegrenzten Mög-

lichkeiten erkannt werden. Wichtige Aufgabe der Währungspolitik ist ferner im Sinne des Planes die Währungssicherheit.

Entscheidend aber ist, das Problem der Finanzierung der Investitionen. Hier bestehen für die indische Planung vorläufig sehr begrenzte Möglichkeiten. Während im chinesischen Plan die Einnahmen aus dem staatlichen Sektor so groß sind, daß die wichtigsten Aufgaben der Investition aus ihnen erfüllt werden können, ist die Finanzierung in Indien auf andere Quellen angewiesen. Im zweiten Fünfjahresplan sind für die Investitionen im öffentlichen Sektor rund 3800 crores (1 cror = 10 Millionen Rs) vorgesehen. Bloß 800 davon können aus Überschüssen der laufenden Einnahmen aufgebracht werden. Von der Erträgen der Eisenbahnen sollen Rs 500 crores aufgebracht werden. Das bedeutet, daß aus privatem Sparkapital die Finanzierung der Investitionen im öffentlichen Sektor erfolgen müßte. Die peinliche Frage also ist, ob die privaten Ersparnisse größer sind als die Anforderungen an Kapital seitens des privaten Sektors. Diese grundlegende Schwäche der gesamten indischen Wirtschaftsplanung wird auch in den Erörterungen in der genannten Veröffentlichung herausgestellt. „A basic weakness of the present situation is that the State has very little resources of its own by way of surpluses which it can utilise directly for investment and it has, therefore, to depend upon whatever transfer of private savings it can bring about through its borrowing programmes or through deficit financing“ (a.a.O. S. 39).

Diese Schwäche der indischen Planung hängt wesentlich damit zusammen, daß der öffentliche Sektor außerordentlich schmal ist. Dadurch ist die Durchführung des indischen Wirtschaftsplanes ständig gefährdet. Die Ausgaben der indischen Regierung einschließlich aller lokalen Stellen machen bloß etwa 10 vH. der gesamten Nationalausgaben aus. Es wird daher immer wieder die Notwendigkeit betont, den öffentlichen Sektor zu erweitern. Gelingt dies nicht, ist zu befürchten, daß der indische Wirtschaftsplan zum Teil auf dem Papier bleibt.

Im zweiten Fünfjahresplan ist als Ergänzung zum öffentlichen Investitionsprogramm eine Investition auf dem privaten Sektor in der Höhe von Rs 2400 crores vorgesehen. Auch hier bleibt die Frage offen, ob die Mittel ausreichen und ob der Wille da ist, zu investieren. Man rechnet von Seite der Planung jedoch damit, daß die private Investitionstätigkeit im vorgesehenen Umfang erfolgen wird, da ja der Unternehmer in der Regel seine Überschüsse nicht horten, sondern investieren wird. Die Richtung der Investition soll dadurch im Sinne des Gesamtzieles gewährleistet werden, daß Investitionen an staatliche Genehmigung gebunden sind.

2. Plandurchführung und Koordination

Die Koordination der Planungstätigkeit seitens der verschiedenen Stellen ist gegenwärtig noch verhältnismäßig locker. Die Notwendigkeit eines Ausbaues der Zusammenarbeit wird erkannt und angestrebt. Zwischen den oberen Planungsstellen besteht jedoch engste Verbindung. Die Bestrebungen einer Intensivierung der Beziehungen zwischen der Planungskommission, den Zentralministerien und den Staatsregierungen hatten bereits gewisse Erfolge. Die Wirtschaftspläne der einzelnen Staaten werden im engsten Einvernehmen mit den Zentralministerien aufgestellt. Die Ergebnisse eingehender Besprechungen zwischen den obersten Planungsstellen in der Zentralregierung und den Staatsregierungen wurden im National Development Council und in dem beratenden Wirtschaftskomitee des Parlamentes erörtert und fanden in dem zweiten Fünfjahresplan ihren Niederschlag. Dem National Development Council gehören Mitglieder der Planungskommission, die Ministerpräsidenten der Staatsregierungen und einige Minister der Zentralregierung an.

Von besonderer Bedeutung ist der weitgehende nach dem Subsidiaritätsprinzip gestaltete Unterbau für die Zusammenarbeit im Sinne der Wirtschaftsplanung.

An erster Stelle ist die Arbeit der unteren Verwaltungsstellen zu erwähnen, die weitgehend bei Aufstellung und Kontrolle des Planes herangezogen sind. Besondere Bedeutung wird hierbei der Verwaltung der einzelnen Distrikte zugemessen (in Indien bestehen 360 Distrikte). Hier soll die Integration der Tätigkeit der verschiedenen development departments im betreffenden Distrikt erfolgen. Die Programme der lokalen Stellen sollen hier koordiniert und zusammengefaßt werden. Die Verwaltungsstellen selbst sollen stärker als bisher die Kostenseite ihrer Tätigkeit berücksichtigen. Den Zentralisationstendenzen, welche diese selbständige Tätigkeit der dezentralisierten Verwaltung unterdrücken, soll stärker als bisher entgegengetreten werden. Die Bestrebungen, den unteren Stellen Kompetenzen zugunsten höherer Verwaltungsstellen abzunehmen, sollen künftig unterbunden werden. Die zentralen Stellen sollen sich stärker als bisher der Tätigkeit der dezentralisierten Verwaltungsstellen bedienen.

Besonderes Gewicht wird darauf gelegt, daß die staatlichen und lokalen Verwaltungsstellen aufs engste mit den Selbsthilfekräften der Wirtschaft, also insbesondere den Genossenschaften zusammenarbeiten. Die Verwaltungsstellen sollen sich der Mitarbeit der Genossenschaft bedienen, ihrerseits aber auch die bestehenden Genossenschaften und die Gründung neuer Genossenschaften fördern.

Durch einen Erlaß aus dem Jahre 1951 wurde eine neue Organisation zum Zwecke der Förderung der industriellen Entwicklung geschaffen. Seit 1952 wurden zehn Development Councils errichtet. Sie wurden herangezogen für die Aufstellung der detaillierten Planung im zweiten Fünfjahresplan.

Auf die Bedeutung des Genossenschaftswesens für das Handwerk und für den Einbau des Handwerks in die Gesamtplanung kommen wir noch bei der Plandurchführung näher zu sprechen. In der Landwirtschaft kommt den Genossenschaften eine besondere Bedeutung zu. Die für Indien charakteristische Organisation in den *panchayats* wurde bereits erwähnt. Hier sind alte Ordnungskräfte wirksam, die einen wichtigen Beitrag zu einer freiheitlichen Ordnung der Planaufstellung und Plandurchführung leisten können.

Im Sinne der Subsidiarität wird auch die Bedeutung der Betriebsgemeinschaft für die Gesamtplanung besonders betont. Es solle industrielle Demokratie in den Unternehmungen eingeführt werden. Der Arbeiter soll das Gefühl haben, daß er in die Gemeinschaft des Betriebes einbezogen ist und daß er auf seine Weise dazu beiträgt, den Fortschritt der indischen Wirtschaft zu fördern. Hervorzuheben ist, daß die Bedeutung einer starken Gewerkschaft unterstrichen wird. „For the achievement of industrial democracy a strong trade union movement is necessary. This can be achieved by improving the finances of trade unions, granting them representative character and promotion of leadership from within“ (a.a.O. S. 175).

Während sich die Koordination im chinesischen Wirtschaftsplan im wesentlichen auf den staatlichen Sektor erstreckt, der alle anderen beherrscht (der staatlich-private Sektor ist ja bloß als Übergangslösung gedacht), erstreckt sich die Koordination im indischen Wirtschaftsplan auf drei Sektoren, den privaten, den genossenschaftlichen und den öffentlichen Sektor. Hier zeigt sich einer der grundlegenden Unterschiede zu der chinesischen Wirtschaftsauffassung. Li-Fu-chun, der Vorsitzende der staatlichen Planungskommission in China, hat in seinem Bericht über den ersten Fünfjahresplan am 5. und 6. Juli 1955 mit allem Nachdruck festgestellt, daß ein unbedingter Gegensatz zwischen Sozialismus und Kapitalismus bestehe. „It is impossible for socialism and capitalism, whose systems of productive relations are anti-thetical, to develop alongside each other in a country without mutual interference. We can either take the path of socialism or the path of capitalism; but the Chinese people will never allow the latter path to be taken. That we are taking the path to socialism is in accord with the natural law of historical development of our country“ (S. 17). Der indische Fünfjahresplan

legt die Erhaltung des **p r i v a t e n S e k t o r s** eindeutig fest. Freilich überdecken sich die Begriffe Kapitalismus und privater Sektor nicht. Im Rahmen einer geplanten Wirtschaft stellt der private Sektor ein wichtiges Instrument für die freiheitliche Durchführung des Gesamtplanes dar. Dann ist allerdings nicht mehr, wie im Kapitalismus, die letzte Entscheidung über die Entwicklung der Wirtschaft am Gewinninteresse, sondern an den Interessen der Gesamtheit orientiert.

Im zweiten Fünfjahresplan ist der Bereich des **ö f f e n t l i c h e n S e k t o r s** eindeutig abgegrenzt. Alle übrigen Bereiche der Industrie sollen dem privaten Sektor offen stehen. Seine Initiative soll der Gesamtheit zugute kommen (a.a.O. S. 15). Auch hinsichtlich der Investitionstätigkeit ist dem privaten Sektor eine wichtige Rolle zuerkannt.

Im Sinne einer freiheitlichen Planaufstellung und Durchführung kommt dem **G e n o s s e n s c h a f t s w e s e n** eine tragende Rolle zu. Er wird als besonderer Sektor im zweiten Fünfjahresplan anerkannt. „The building up of a co-operative sector as a part of the scheme of planned development is one of the central aims of national policy“ (a.a.O. S. 83). Hierbei sind die drei wichtigsten Bereiche des Genossenschaftswesens, landwirtschaftliche, Handwerks- und Konsumgenossenschaften ausdrücklich hervorgehoben.

Der **ö f f e n t l i c h e S e k t o r** ist heute zweifellos der schwächste der drei Sektoren. Künftighin soll er alle Grundindustrien umfassen. Zudem kommen andere Industriezweige, welche volkswirtschaftlich wichtig sind und Investitionen verlangen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen nur vom Staat durchgeführt werden können. Im Sinne dieses Grundsatzes wird eine Liste jener Industrien aufgestellt, die ausschließlich in die Verantwortung des Staates fallen. In einer zweiten Liste sind jene Industrien angeführt, die schrittweise in das Eigentum des Staates überführt werden sollen. Zu der Liste der ausschließlich staatlichen Industriezweige gehört zum Beispiel die Rüstungsindustrie, die Atomenergie, die Erzeugung von Eisen und Stahl, die Herstellung schwerer elektrischer Maschinen und Turbinen, Kohlenbergwerke, Mineralöl, Eisenerzförderung, elektrische Energie. In der zweiten Liste sind u. a. genannt, Aluminium, Grundprodukte der chemischen Industrie, Düngemittel, synthetischer Kautschuk.

Die Proportionen zwischen den drei Sektoren sollen in dem Sinn geändert werden, daß der öffentliche und genossenschaftliche Sektor weiter ausgebaut werden, während der private eine gewisse Einengung erfahren soll.

Wenn auch in der Planerstellung, der Plandurchführung und insbesondere hinsichtlich der finanziellen Basis der öffentlichen In-

vestitionen noch weitgehende Verbesserungen vorgesehen sind, so hat doch bereits der erste Fünfjahresplan wichtige Erfolge gebracht. Das Gesamtnationaleinkommen ist, unter Berücksichtigung der Währungsschwankungen, innerhalb der fünf Jahre des ersten Fünfjahresplanes um rund 20 vH. gestiegen. Legt man die Preise der Jahre 1952/53 zugrunde, so ist das Nationaleinkommen schätzungsweise von Rs. 9000 crores im Jahre 1950/51 auf Rs. 11 000 crores im Jahre 1955/56 gestiegen. Im Zuge dieser Entwicklung sind das Einkommen per Kopf um 11 vH. und die Konsumausgaben um 9 vH. per Kopf gestiegen. Die Getreideproduktion erhöhte sich um 20 vH., die Baumwollproduktion um 40 vH. und die der Ölfrüchte um 8 vH. Die Bewässerungsanlagen haben weite Strecken des Landes fruchtbar gemacht. Die Gesamtinvestition während des ersten Fünfjahresplanes hat rund Rs. 3100 crores, ausgedrückt in Preisen des Jahres 1952/53, erreicht. Das bedeutet, daß jährlich rund 6 vH. des Nationaleinkommens für Investitionen verwendet wurden.

Die günstige Entwicklung im Rahmen des ersten Fünfjahresplanes berechtigt zur Annahme, daß bei Verbesserung der Planungsorganisation und Erweiterung des verstaatlichten Sektors im zweiten Fünfjahresplan ein noch stärkerer Aufschwung erzielt werden kann. Nach der in der Schrift Second-Five-Year-Plan vertretenen Auffassung bestärke die Analyse der bisherigen Entwicklung die Hoffnung, daß bis zum Jahre 1967/68 eine Verdoppelung des Nationaleinkommens, verglichen mit dem Stand 1951/52, möglich sein müßte. Während die Investition im ersten Fünfjahresplan insgesamt Rs. 3100 crores betragen hatte, soll sie im zweiten auf 6200, im dritten auf 9900, im vierten auf 14 800 und im fünften auf Rs. crores 20 700 gesteigert werden. Ein Vergleich der Steigerung des Nationalproduktes (ausgedrückt in Währungseinheiten) ergibt folgendes Bild: Landwirtschaft im ersten Fünfjahresplan 18 vH., im zweiten gleichfalls 18 vH., Bergbau im ersten 19 vH., im zweiten 58 vH., industrielle Anlagen 43 vH. im ersten, 64 vH. im zweiten. Ausbau der kleinen Unternehmungen 14 vH. im ersten, 30 vH. im zweiten, Handel und Transport 14 vH. im ersten und 23 vH. im zweiten Fünfjahresplan. Die Gesamtnationalproduktion erhöhte sich dem Werte nach während des ersten Fünfjahresplanes um 18 vH. und soll sich während des zweiten Fünfjahresplanes um 25 vH. erhöhen. Die Konsumausgaben werden sich schätzungsweise von Rs. 8655 crores auf 12 179 im Jahre 1960/61 steigern, wobei die Preise des Jahres 1952/53 zugrundegelegt sind. Am Ende des zweiten Fünfjahresplanes soll der Gesamtindex der industriellen Produktion (1951 = 100) von 130 im Jahre 1955/56 auf 194 steigen. Eine besondere Erhöhung ist für die Produktionsgütererzeugung vorgesehen; man rechnet mit einer

Steigerung um 73 vH., während die Erhöhung der Konsumgüterproduktion bloß mit 18 vH. veranschlagt ist.

Z u s a m m e n f a s s e n d ist festzustellen: Die Plandurchführung erfolgt entsprechend der Gliederung der gesellschaftlichen Wirtschaft; insbesondere sind die drei Sektoren der Wirtschaft für die Plandurchführung eingesetzt. Der öffentliche Sektor wird allgemein als zu schmal erkannt und soll erweitert werden. Dadurch wird die Durchführung des Gesamtplanes zweifellos erleichtert werden. Die Initiative des privaten Sektors soll nach wie vor der Erfüllung des Planes zugute kommen. Eine einheitliche Gestaltung der Richtung der Investitionstätigkeit soll durch Investitionsbewilligungen gewährleistet werden. Als starke Stütze der Plandurchführung und Plankontrolle sind die Genossenschaften gedacht. Allgemeine Überzeugung ist, daß das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen raschestens ausgebaut werden muß. Innerhalb der Frist von zehn Jahren (erster und zweiter Fünfjahresplan) soll es gelingen, daß der größte Teil der landwirtschaftlichen Bodenfläche im genossenschaftlichen Zusammenwirken bearbeitet wird. Hierbei handelt es sich nicht um eine Zusammenfassung im Sinne einer Kolchosenwirtschaft, sondern um die freie Zusammenarbeit gemäß der Idee der Selbsthilfe. Der im zweiten Fünfjahresplan vorgesehene Ausbau der kleinen Industrien und des Handwerks ist lediglich auf Grund genossenschaftlicher Zusammenarbeit möglich. Für die Haltung der Preisstabilität und der Rationalisierung des Handels ist die Tätigkeit der Konsumgenossenschaften unentbehrlich.

Ähnlich wie in den Wirtschaftsplänen Chinas ist auch im zweiten Fünfjahresplan Indiens die wirtschaftliche Zusammenarbeit aller Länder Asiens und Afrikas betont. Die bisherige Verbindung sei keineswegs ausreichend. Je mehr sich jedoch die Planung in Asien und Afrika entwickle, desto leichter werden die Probleme der gegenseitigen Anpassung der Produktion und ihrer Spezialisierung erfolgreich gelöst werden können. Es sei wesentlich, daß die Wirtschaftsprogramme der verschiedenen Staaten von vornherein den Austausch der Waren und der technischen Erfahrungen mit berücksichtigen. Von diesem weiteren gesamtasiatischen Gesichtspunkt aus ist der zweite Fünfjahresplan gestaltet.

3. Indische Wirtschaftsplanung und moderner Sozialismus

Während die chinesische Wirtschaftsplanung sich an das russische Vorbild anlehnt, bestehen Zusammenhänge zwischen der indischen Planung und den Gedankengängen des Konkurrenz- und freiheitlichen Sozialismus. Dies zeigt sich in der Zielsetzung, die materiellen

Wohlstand bloß als Mittel zur Sicherung der vollen Lebensentfaltung des einzelnen ansieht. Sie kommt ferner darin zum Ausdruck, daß die indische Planung auf die unmittelbare Sicherung der Freiheit des einzelnen bedacht ist und der kleinen Gemeinschaft alle jene Aufgaben zuweisen will, die sie ebensogut oder besser als die größeren erfüllen kann. Der Hinweis auf die besondere Funktion der Betriebsgemeinschaft und der Gewerkschaftsbewegung entspricht gleichfalls dem Programm eines freiheitlichen oder Konkurrenzsozialismus; ebenso die Betonung der Bedeutung der Gemeinwirtschaft und der Initiative des privaten Sektors. Die indische Planung läßt aber auch erkennen, welche besonderen Schwierigkeiten sich bei der Durchführung der freiheitlich sozialistischen Auffassung ergeben. So wichtig die Selbständigkeit der einzelnen Gemeinschaften und die weitgehende Aufgliederung der Funktionen bei der Lenkung der gesellschaftlichen Wirtschaft ist, so notwendig ist gleichzeitig, daß der Staat soviel Wirtschaftsmacht besitzt, daß er die Durchführung der Ziele seines Wirtschaftsplanes sichern kann. Die indische Wirtschaftsplanung hat diese besonderen Schwierigkeiten erkannt und will ihnen im zweiten Fünfjahresplan Rechnung tragen.

III. Wirtschaftsplanung in China und Indien

Es zeigen sich klar die wesentlichen Unterschiede zwischen chinesischer und indischer Wirtschaftsplanung, Unterschiede im Gesamtziel und in den Methoden zur Erreichung dieses Zieles. Die absoluten Werte bilden im indischen Plan die Grundlage, während sie im chinesischen Plan nicht erwähnt werden. Der chinesische Plan stellt ein bindendes Gesetz dar, während der indische Plan Richtlinien gibt, deren Einhaltung im Hinblick auf den schmalen öffentlichen Sektor nicht gesichert ist. Es fehlt vorerst an staatlicher Wirtschaftsmacht, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht, um die Durchführung des Planes von vornherein zu gewährleisten.

Es ergibt sich also ein Spannungsverhältnis zwischen indischer und chinesischer Wirtschaftsplanung. Diese Gegensätze führten aber nicht zu einer fruchtlosen theoretischen oder politischen Auseinandersetzung, sondern haben eine Dynamik im Sinne von Ausgleichstendenzen ausgelöst. Die chinesische Wirtschaftsplanung zeigt eine Reihe von Ansätzen der Dezentralisierung, wie sie zum Teil in der russischen Wirtschaftsplanung weitergehend durchgeführt sind. Die indische Wirtschaftsplanung hält zwar an ihrer Grundkonzeption fest, will aber im Wege einer Erweiterung des öffentlichen Sektors zu einer strafferen Zentralisierung gelangen. Die Dynamik der Wirtschaft im asiatischen Raum schreitet

unaufhaltsam voran und wird im Wege von Wirtschaftsplanung auf bestimmte Ziele ausgerichtet. Die Marktmechanik als grundlegendes Ordnungsprinzip ist ausgeschaltet und kommt nur als Mittel der Wirtschaftslenkung in Betracht.

Welche Funktion kann die europäische Wirtschaftsgesellschaft im Hinblick auf diese geplante Wirtschaftsdynamik in Asien haben? Bei Beantwortung dieser Frage muß man sich vor allem davor hüten, europäische Verhältnisse auf asiatische zu übertragen. Zum Beispiel würde eine Zusammenfassung der landwirtschaftlichen Betriebe auch hinsichtlich des Eigentums in Europa ganz andere Widerstände auslösen als etwa in Asien, wo das Eigentum des einzelnen an Grund und Boden für die überragende Mehrheit der Bauern so klein war, daß die Sozialisierung für sie eine Besserstellung bedeutete. Es wäre also falsch, die asiatische Entwicklung mit europäischen Maßstäben messen zu wollen.

Ein Spannungsverhältnis in der Wirtschaft aber gilt für Asien und Europa in gleicher Weise, nämlich die Spannung zwischen absoluten und relativen Werten. Es ist keineswegs gesichert, daß die Überbrückung dieser Spannung gelingt. Heute werden bei den großen nationalen Umzügen die Modelle der neu konstruierten Maschinen als Symbole des Fortschrittes vorangetragen. Es könnte aber nach den Erfahrungen des Westens durchaus sein, daß dieselben Maschinen, die heute als segenspendend angesehen werden, morgen zu Dämonen der Wirtschaft geworden sind, die die Menschen beherrschen; es könnte sein, daß dann Asien wieder nach Europa und seiner Wirtschaftsgestaltung blickt. Wenn es Europa inzwischen gelungen ist, den Weg zu einer dynamischen Wirtschaftsstabilisierung und einer Überbrückung der Spannung zwischen Freiheit und Bindung zu finden und damit die dauernden Grundlagen für die Entfaltung der Persönlichkeit des einzelnen zu schaffen, dann mag Europa auch auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik Asien noch einmal etwas zu geben haben.